



Friedemann Larsen

Die Bindung der Wahlberechtigung an den Wohnsitz im Inland

Eine verfassungsrechtliche und verfassungsgeschichtliche Kritik

Schriften zum Öffentlichen Recht, Band 1453

414 Seiten, 2021

Print: <978-3-428-18149-0> € 99,90

E-Book: <978-3-428-58149-8> € 89,90

Das Wahlrecht zum Deutschen Bundestag knüpft neben dem Wahlalter traditionell an die Staatsangehörigkeit und die Ansässigkeit im Bundesgebiet am Wahltag. Gerade letzteres ist vor dem Grundgesetz rechtfertigungsbedürftig. Der Autor identifiziert die historischen Implikationen und setzt sich kritisch mit den in Rechtsprechung und Literatur formulierten Rechtfertigungen auseinander. Keiner der Ansätze überzeugt. Dem egalitären Teilhabeverständnis des Grundgesetzes entsprechend ist vielmehr jeder Staatsbürger prinzipiell auch Wahlbürger, unabhängig vom Ort seines Wohnsitzes bzw. gewöhnlichen Aufenthalts am Wahltag. Jede darüber hinausgehende Anforderung an den Wähler, insbesondere die Forderung nach einem qualifizierten Mindestmaß an politischer Vertrautheit als Wahlzugangsvoraussetzung, widerspricht diesem Verständnis und nimmt zumindest Anleihen an überkommene Wahlrechtsvorstellungen vorausgegangener Epochen, die vor dem Grundgesetz keinen Bestand mehr haben können.

Inhalt

Einführung

1. Wahlrecht und Inlandsbindung aus verfassungsrechtlicher Sicht

Ausgestaltung des aktiven und des passiven Wahlrechts in Anbetracht der wahlrechtlichen Inlandsbindung — Entwicklung der wahlrechtlichen Sesshaftigkeitsklausel in der Bundesrepublik Deutschland — Rechtfertigungsansätze in Rechtsprechung und Literatur — Grundlegende Bewertung und Kritik — Verfassungsrechtliche Tragfähigkeit der für die Sesshaftigkeitsklausel als »zwingend« angesehenen Gründe — Umsetzung durch das 21. Gesetz zur Änderung des Wahlrechts vom 27. April 2013 — Maßgaben für die Ausgestaltung des Wahlverfahrens

2. Traditionsargument und historisches Wahlrecht

Gang der weiteren Untersuchung — Das Wahlrecht im deutschen Frühkonstitutionalismus eine Bestandsaufnahme — Vorstellungen von Mitbestimmung im Staat der konstitutionellen Monarchie — eine Annäherung — Grundbesitz und Ansässigkeit als Mehrfachbedingung bürgerlicher Freiheit in den konstitutionellen Rechtsordnungen der Einzelstaaten — Die Wahlrechtsfrage in der Frankfurter Nationalversammlung und das Wahlgesetz um 1848/1849 — Die weitere Wahlrechtsentwicklung im deutschen Raum — Schlussfolgerungen für das Bundeswahlrecht — Abschließende Überlegungen

Schlussbetrachtung

Literatur- und Sachwortverzeichnis

Bestellungen können an jede Buchhandlung oder direkt an den Verlag gerichtet werden.

Nutzung und Download von E-Books erfolgen über unsere eLibrary.

Tel.: 030/790006-0 · werbung@duncker-humblot.de · verkauf@duncker-humblot.de

www.duncker-humblot.de